



Antrag

der Abgeordneten **Georg Rosenthal, Inge Aures, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Bernhard Roos, Kathi Petersen SPD**

EU-Förderkulisse erhalten, Regional- und Strukturfonds nicht kürzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag erteilt Überlegungen eine Absage, im Hinblick auf den künftigen EU-Haushalt ab 2021 die Mittel für die Kohäsionspolitik zu kürzen und die Förderung der Struktur- und Regionalpolitik aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) nur noch auf ärmere Mitgliedstaaten und Regionen zu beschränken.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zuge der Anfang 2018 beginnenden Konsultation zur künftigen Kohäsionspolitik auf Bundes- und EU-Ebene entschieden dafür einzutreten, dass angesichts des großen europäischen Mehrwerts der Kohäsionspolitik für das wirtschaftliche Zusammenwachsen und den sozialen Zusammenhalt Europas sowie der enormen Bedeutung der EU-Regional- und Strukturpolitik für den Freistaat Bayern die Mittel in der neuen Förderperiode nach 2020 nicht gekürzt werden und auch künftig allen Mitgliedstaaten und Regionen bei Erfüllung der Vergabekriterien offenstehen.

Ein besonderes Augenmerk soll dabei auch darauf gerichtet sein,

- die Fördermittel thematisch konzentrierter, zielgerichteter und effizienter dafür einzusetzen, um einen möglichst großen Mehrwert zu erzielen,
- bei der Entscheidung über die Verwendung der Mittel regionale Bündnispartner aus der Zivilgesellschaft, z. B. Städte- und Gemeindetag, Gewerkschaften oder Handwerkskammer miteinzu beziehen,

- bürokratische Hürden bei der Antragstellung abzubauen und die Antragstellung zu vereinfachen,
- Anlaufstellen für die Beantragung anzubieten und
- nicht zuletzt die Erfolgskontrolle auszubauen.

Um die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der EU zu fördern, soll bei EU-geförderten Projekten vor Ort deutlicher als bisher sichtbar gemacht werden, dass die Gelder für diese großteils von der EU stammen.

Begründung:

Der im Oktober von der EU-Kommission vorgelegte „Siebte Bericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“ zeigt, dass es nach wie vor z. T. sehr große Unterschiede in der Europäischen Union zwischen armen und reichen Mitgliedstaaten und Regionen gibt, die den wirtschaftlichen und sozialen – und damit letztlich auch politischen – Zusammenhalt gefährden.

Es wäre deshalb ein kapitaler Fehler, der Kohäsionspolitik in der künftigen Finanzperiode 2021 bis 2027 gegenüber der jetzigen Mittel zu entziehen. Gleiches gilt für Überlegungen, die Förderkulisse zu verkleinern und nur noch schwache Regionen zu fördern, schließlich strahlen sich besser entwickelnde Regionen in schwächere aus und fungieren als Wachstums- und Innovationslokomotiven.

Auch in Bayern, das in der aktuellen Finanzperiode, rund 800 Mio. Euro aus EFRE und ESF erhält, sind diese EU-Fördermittel wesentliche Instrumente für die Landespolitik, aber auch für Kommunen, Unternehmen und andere Projektträger, um Investitionen in strukturschwächeren Regionen zu generieren und dabei die spezifischen lokalen und regionalen Erfordernisse zu berücksichtigen.

Die EU-Gelder leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag, das in der Bayerischen Verfassung genannte Staatsziel „Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ im Freistaat Bayern zu realisieren. Wie geboten das ist, hat die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ erst jüngst einmal mehr gezeigt.